

Südsudan: Vom Traum in die Realität

Carlo Koos

Die Rebellengruppe South Sudan Liberation Movement/Army (SSLM/A) meldete nach schweren Kämpfen mit der südsudanesischen Armee am 29. Oktober 2011 die Eroberung der Stadt Mayom im Bundesstaat Unity (*Sudan Tribune* 29.10.2011).

Analyse

Seit dem Friedensabkommen von 2005 (Comprehensive Peace Agreement, CPA) steht im Südsudan der Aufbau einer Staatsverwaltung auf der Tagesordnung. Die Regierung Salva Kiir hat den politischen Apparat seither zwar aufgebläht, die administrativen Kapazitäten reichen jedoch bei Weitem noch nicht aus, um elementare staatliche Kernaufgaben erfüllen zu können.

- Die Sicherheitslage innerhalb des Südsudan ist aufgrund ethnischer Konflikte und marodierender Rebellen- und Banditengruppen sehr instabil. Der ungeklärte Grenzverlauf zum Nordsudan in den Regionen Abyei, Südkordofan und Blue Nile war wiederholt Anlass blutiger Konflikte und Flüchtlingsbewegungen.
- Das Straßennetz ist erst im Aufbau und in der Fläche unterentwickelt. Zudem sind während der Regenzeit viele Gebiete unzugänglich. Große Teile der Bevölkerung haben deshalb weder Zugang zu medizinischer Versorgung noch zu Grundnahrungsmitteln.
- Gesundheits- und Bildungssystem existieren allenfalls rudimentär. Seit Jahrzehnten leisten internationale Nichtregierungsorganisationen hier Aufbauhilfe – mit der Folge, dass sich der Staat zurückhält, anstatt Eigenverantwortung zu übernehmen.
- Zwar ist man sich der Unterentwicklung der Landwirtschaft bewusst, die Maßnahmen zu deren Förderung sind jedoch völlig unzureichend. Die Nahrungsmittelknappheit wird ausschließlich von internationalen Hilfsorganisationen abgedeckt.
- Der Staatshaushalt ist zu 98 Prozent von Erdöleinnahmen abhängig und damit äußerst anfällig für Ölpreisschwankungen. Die Verwendung der Erlöse erfolgt weder effizient noch transparent, Korruption ist endemisch.

Schlagwörter: Südsudan, Unabhängigkeit, Konflikt, Staatsaufbau, Korruption

Hohe Erwartungen, wenig Verantwortung?

Nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs ist der Herzenswunsch der meisten Südsudanesen in Erfüllung gegangen: Der Südsudan ist seit dem 9. Juli 2011 unter dem Namen Republik Südsudan (Republic of South Sudan) unabhängig.¹

Die Erwartungen der Bevölkerung an den noch aufzubauenden Staat sind enorm hoch; die Unabhängigkeit wird mit einer steilen wirtschaftlichen Entwicklung assoziiert. Verbreitet ist die Vorstellung, mit den Erdöleinnahmen könne rasch ein funktionierender Staat geschaffen werden, der das Straßennetz aufbaut, ein Gesundheits- und Bildungssystem bereitstellt, für genügend Nahrung sorgt, Sicherheit gewährleistet und zusätzlich Jobs schafft. Das Wissen um die Erdöleinnahmen beflügelt die Hoffnungen der Südsudanesen – obwohl die wenigsten Bürger bislang von verbesserten öffentlichen Gütern und Dienstleistungen profitieren konnten.

Die Verantwortung für den Aufbau des Staates liegt inoffiziell schon seit dem Friedensabkommen vom 6. Januar 2005 (Comprehensive Peace Agreement, CPA), offiziell seit der Unabhängigkeit bei der Regierung Salva Kiir, die das südsudanesisches Volk repräsentiert. Daher kann der langjährige Widersacher, die nordsudanesisches Regierung, nicht mehr für alle Unzulänglichkeiten verantwortlich gemacht werden. Allerdings ist das Bewusstsein, jetzt selbst die Verantwortung für den Aufbau und die gesellschaftliche Entwicklung zu tragen, weder bei der politischen Elite noch bei der Bevölkerung des Südsudan besonders stark ausgeprägt.

Die Diskrepanz zwischen fehlendem Verantwortungsbewusstsein und hohen Erwartungen ist nicht nur auf die jahrzehntelangen Kriegserfahrungen zurückzuführen, sondern auch auf die langjährige Abhängigkeit von ausländischer Hilfe und die Überpräsenz internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO). Dieser Widerspruch birgt die Gefahr der Verschärfung interner Spannungen, wenn die hohen Erwartungen nicht erfüllt werden. Allein die Erdöleinnahmen werden nicht reichen, um den erträumten Staat zu schaffen, dessen Aufbau realistischweise Jahrzehnte dauern wird und nur bei einer breiten Teilhabe der Bevölkerung gelingen kann.

1 Die Regierung des Südsudan (Government of South Sudan, GoSS; siehe <www.goss.org>) stellt die nationale Bundesregierung des Landes dar, die gegenüber der gesetzgebenden Versammlung (*legislative assembly*), institutionell vergleichbar mit dem Deutschen Bundestag, verantwortlich ist. Das Staatsgebiet ist in zehn Bundesstaaten mit jeweils eigenständiger Landesregierung aufgeteilt.

Viel Politik, wenig Staat

Seit 2005 hat sich die südsudanesisches Hauptstadt Juba zu einem hektischen Fleckchen Erde entwickelt. Nach der Unterzeichnung des CPA und dem Abzug der nordsudanesischen Truppen hat ein Großteil der im Südsudan operierenden internationalen Hilfsorganisationen ihre Koordinationsbüros von Lokichoggio in Kenia nach Juba verlegt. Mittlerweile operieren in Juba etwa 200 Organisationen und mehrere Tausend internationale Fachkräfte (*expatriates*).

Zeitgleich wurden Ministerien für die semiautonome Regierung des Südsudan geschaffen. Tausende Buschkämpfer der ehemaligen Rebellenorganisation Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) wurden zu Beamten. Es galt, den Kriegsveteranen lukrative Posten in Regierung und Armee zu verschaffen. Die Qualifikationen der neuen Beamten entsprachen dabei selten den Anforderungen der Posten.

Die Beamten der neuen Ministerien und die ausländischen Mitarbeiter der internationalen Organisationen benötigten Büros, Wohnhäuser und lokale Mitarbeiter, die es auch zu versorgen galt. Die Stadt wuchs und die Bewohner verdienten entweder mit der Bereitstellung der benötigten Güter und Dienstleistungen hervorragendes Geld – oder wurden an den Stadtrand verdrängt. Viele der internationalen Organisationen organisierten während des Bürgerkriegs das, was normalerweise zu den Kernaufgaben eines Staates gehört: grundlegende Gesundheits- und Wasserversorgung, Katastrophenhilfe und Bildung. Dies ist bis heute so geblieben. Vorgeblich wurde seit 2005 an der Institutionalisierung einer südsudanesischen Regierung gearbeitet, die diese Aufgaben übernehmen soll; in der Praxis wird der Verantwortungs- und Aufgabentransfer jedoch mit wenig Nachdruck betrieben.

Das neue Kabinett Salva Kiir ist seit dem 21. August 2011 im Amt und mit 29 Ministerien verschwenderisch groß. Die Zuständigkeitsbereiche etlicher Ministerien überschneiden sich.² Das Parlament (*legislative assembly*) wurde auf 382 Mitglieder aufgebläht. Hinzu kommen die pseudoföderalen Regierungen in den zehn Bundesstaaten (SSNA 2011). Insgesamt gilt der politische Apparat als völlig

2 So etwa das Ministerium für Verteidigung und Veteranen mit dem für nationale Sicherheit, das Ministerium für Straßen und Brücken mit dem für Transport oder das für allgemeine Bildung mit dem für höhere Bildung. Es gibt weitere Beispiele für diese Doppelungen (SSNA 2011).

überdimensioniert und gleichzeitig ineffizient. Die Vergrößerung war jedoch politisch gewollt, um auch kleine ethnische Gruppen in die Regierung zu integrieren, was in der aktuellen Phase möglicherweise einen befriedigenden Effekt hat.

Sicherheitsproblem 1: Nordsudan

In den drei Gebieten nördlich der Grenze, deren Zugehörigkeit zu Nord- oder Südsudan völkerrechtlich noch nicht geklärt ist, also den Regionen Abyei, Südkordofan und Blue Nile, finden seit Mai 2011 Kämpfe zwischen der nordsudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF) und den dort ansässigen, mit dem Süden assoziierten bewaffneten Gruppen statt. Über blutige Massaker an der Zivilbevölkerung und großflächige Zerstörungen wurde aus jedem der drei Gebiete berichtet.

Im Rahmen des CPA war für die Region Abyei eine Volksabstimmung zeitgleich mit der im Südsudan vorgesehen, um den Bewohnern die Wahl zwischen der Zugehörigkeit zum Nord- oder zum Südsudan zu ermöglichen. Da keine Einigung darüber erzielt wurde, ob die arabischstämmigen Misseriya-Nomaden auch wahlberechtigt sind, wurde das Referendum bis heute nicht durchgeführt. Jedoch wollen weder der Nord- noch der Südsudan die Region Abyei aufgeben. Die dort ansässigen Dinka Ngok drohten bereits im Oktober 2010, sich unilateral für eine Zugehörigkeit zum Süden zu entscheiden, worauf der Norden mit Krieg drohte. Im Mai 2011 eroberte die SAF, begleitet von Misseriya-Milizen, Abyei und vertrieb Zehntausende Dinka Ngok. Ein ähnliches Vorgehen fand in den Nuba-Bergen von Südkordofan und in Blue Nile statt: die Bombardierung von Dörfern, der darauf folgende Einmarsch der SAF und die Vertreibung Tausender, die sich historisch mit dem Süden verbunden fühlen.

Auch in den offiziell zum Nordsudan gehörenden Regionen Südkordofan und Blue Nile sollten die Zugehörigkeitspräferenzen der Bevölkerung durch Volksbefragungen ermittelt werden; die Ergebnisse dieser Befragungen waren jedoch schon im CPA als für Khartum unverbindlich vorgesehen. Südkordofan und Blue Nile waren während des Bürgerkriegs Schauplätze heftigster Schlachten. Die Bevölkerung kämpfte an der Seite der südsudanesischen SPLM/A, wobei ihren Interessen im CPA wenig Rechnung getragen wurde. Seitdem herrschte unter der Bevölkerung in Süd-

kordofan und Blue Nile die Angst, dass sie nach der Unabhängigkeit des Südens der Willkür von Khartum überlassen würden.

Alein ist der südsudanesischer Staat in dieser Frage machtlos. Hier kann nur die internationale Gemeinschaft beziehungsweise der Druck der Afrikanischen Union (AU), der regionalen Intergovernmental Authority on Development (IGAD)³, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten eine friedliche Konfliktlösung herbeiführen.

Sicherheitsproblem 2: Alte und neue Rebellen

Paradoxerweise hatte gerade die erste demokratische Institution im Südsudan – die Wahlen im April 2010 – eine Inflation neuer bewaffneter Gruppen zur Folge. Besonders betroffen davon sind die erdölproduzierenden Bundesstaaten Unity, Jonglei und Upper Nile an der noch nicht vollständig demarkierten Grenze zum Nordsudan. Verlässliche und genaue Informationen sind zwar nicht zugänglich, schätzungsweise sind jedoch etwa zehn bewaffnete Gruppen im Südsudan aktiv (SAS 2011).

Mit den von der Regierung Salva Kiir angebotenen Generalamnestien und deren Aufrufen zu nationaler Einheit gehen die bewaffneten Gruppen taktisch um. Dabei wird ein Muster erkennbar: Bewaffnete Gruppen warten auf attraktive Angebote seitens der Regierung, um diese dann nach einer sorgfältigen Kosten-Nutzen-Analyse anzunehmen oder weiter abzuwarten. In diesem unglücklichen Spiel kommt es häufig zu Abspaltungen oder zur Bildung neuer Allianzen, was ein grundsätzlich dynamisches und labiles Sicherheitsnetzwerk zur Folge hat. Die wahren Motive dieser Gruppen sind – trotz politischer Manifeste – nebulös. Deshalb ist eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen politisch motivierten Rebellengruppen und kriminellen Banden schwer zu treffen.

Die Hälfte der bewaffneten Gruppen war bereits in die reguläre südsudanesischer Armee integriert und hat sich erst in den letzten 18 Monaten wieder formiert. Bis auf eine besteht keine der Gruppen aus Dinka, sondern aus Angehörigen der Nuer (5), Murle (2) und Shiluk (1). Das scheint Anschuldigungen zu bestätigen, die Politik der SPLM/A sei an den Interessen der Dinka orientiert. Auch wenn

³ Die IGAD ist ein Zusammenschluss nordostafrikanischer Staaten zur regionalen Entwicklungskooperation. Die IGAD spielte für das Zustandekommen des Friedensabkommens zwischen dem Sudan und der SPLM/A eine wesentliche Rolle.

diese Gruppen unterschiedliche Profile haben, beginnen mehrere von ihnen, sich unter Führung von George Athor in das *South Sudan Democratic Movement* (SSDM) einzureihen. Im Manifest des SSDM wird die SPLM/A der Korruption, des Missmanagements und der Marginalisierung der Opposition beschuldigt und ein Mehrparteiensystem als Ziel genannt (SSDM 2011: 10-14). Von manchen Beobachtern wird die Wiederauferstehung der Gruppe von George Athor allerdings auf dessen erfolglose Kandidatur bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Jonglei zurückgeführt (SAS 2011).

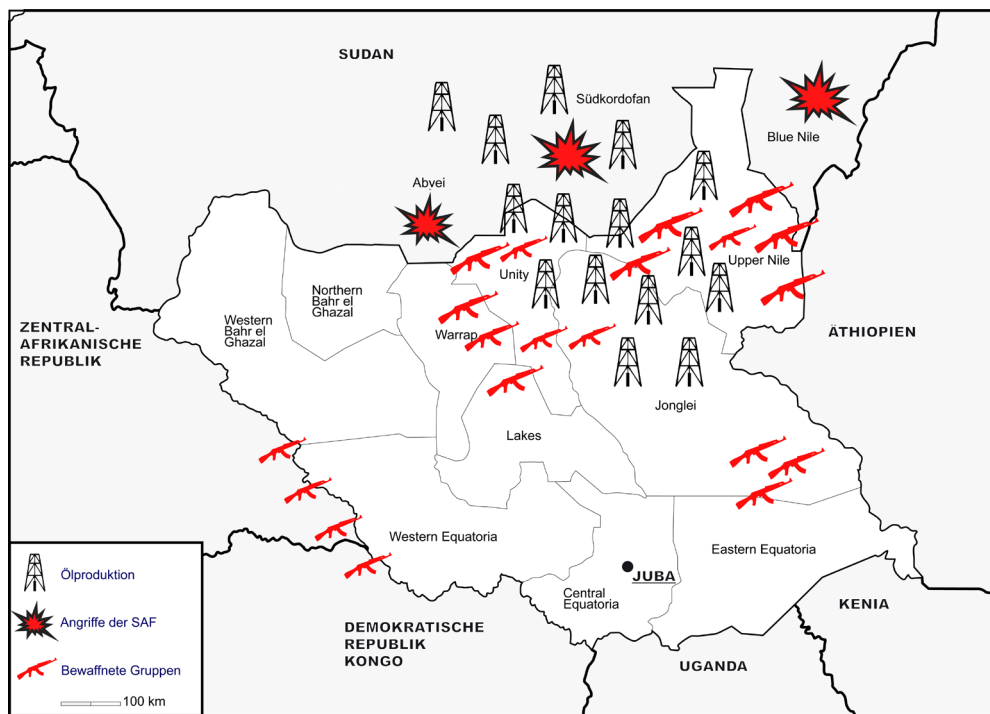
Im Süden und Westen, an den Grenzen zur Demokratischen Republik Kongo (DRK) und zur Zen-

khartum wird unterstellt, nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ sowohl die LRA als auch bewaffnete Gruppen an der innersudanesischen Nord-Süd-Grenze militärisch zu unterstützen.

Sicherheitsproblem 3: Viehraub und Banditen

Im mehrmonatigen Rhythmus kommt es zwischen südsudanesischen ethnischen Gruppen zu Überfällen und Massakern. Zuletzt wurde im August 2011 ein Überfall der Murle auf die Lou Nuer mit bis zu 600 Toten und 40.000 gestohlenen Rindern gemel-

Abbildung 1: Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen im Südsudan



Quellen: Eigene Beobachtungen 2008, 2010/11; SAS 2011; BBC News 2011a.

tralafrikanischen Republik, treiben Gruppen der Lord's Resistance Army (LRA) ihr Unwesen. Die ursprünglich aus Uganda stammenden Banditen sind bekannt für ihre grausamen Massaker an der Zivilbevölkerung. Weder eine gemeinsame Militäroperation Ugandas und der DRK noch Friedensinitiativen konnten den Anführer Joseph Kony zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens bewegen. Die südsudanesische Armee war in diesem Grenzgebiet weder willens noch fähig, für Sicherheit zu sorgen, weshalb sich bewaffnete Bürgermilitzen bildeten.

det (BBC 2011c); dem ging ein Überfall der Nuer auf die Murle im Frühjahr 2011 mit rund 300 Toten und 100.000 gestohlenen Rindern voraus. Diese wiederkehrenden Viehräubereien haben im Südsudan Tradition. Für die meisten ethnischen Gruppen sind Rinder von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung und zugleich ein wesentliches soziales Statussymbol. Mit der Verbreitung von Kleinwaffen – vor allem des AK-47 – stiegen die Opferzahlen bei den Viehraubzügen exponentiell. Die Regierungen und Polizeikräfte in den Bundesstaaten sowie die UN-Mission (UNMISS) scheinen

der Bewaffnung der Zivilisten sowohl macht- als auch willenslos gegenüberzustehen.

Sicherheitsproblem 4: Friedlose Generationen

Inter- und intra-ethnische Konflikte haben im Südsudan Tradition. Zusätzlich hat der seit mehr als 50 Jahren bestehende Konflikt zwischen Nord und Süd mit Gewalt, Massakern und Vertreibungen in manchen Gebieten Generationen heranwachsen lassen, die weder Frieden noch Stabilität kennen und Unsicherheit und Gewalt als Normalzustand ansehen. Kleinwaffen sind weit verbreitet und die Bewaffnung ziviler Gruppen – sowohl durch die Regierung in Khartoum als auch durch die in Juba – hat früher bestehende traditionelle Konfliktlösungsmechanismen zerstört und durch die „AK-47-Konfliktregulierung“ verdrängt. Friedliche Formen der Konfliktlösung müssen erst wieder erlernt werden.

Kaum existentendes Straßennetz

Mit einer Fläche von mehr als 600.000 Quadratkilometern ist der Südsudan fast doppelt so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Ein verlässliches Transport- und Straßennetz für den Personen- und Güterverkehr existiert vor allem in der Regenzeit nicht.⁴ Das Straßennetz zwischen den wichtigsten Städten Yei, Wau, Rumbek und Malakal besteht im besten Fall aus sogenannten „Allwetterstraßen“. Diese sind so konstruiert, dass es in einer moderaten Regenzeit nicht zur Schlamm- und Matschbildung kommt und leichte Lkw dann noch fahren können. Schwere Lkw und Militärtransporte beschädigen die Straßen in der Regenzeit jedoch erheblich. Die meisten Gegenden im Südsudan verfügen allerdings nicht über solche Straßen und die Fahrwege verwandeln sich während der Regenzeit in unpassierbare Schlamm- und Matschpisten, die selbst von Allradfahrzeugen nicht genutzt werden können. Der größte Teil der Bevölkerung lebt daher während der Regenzeit vollkommen abgeschnitten von der Außenwelt und hat kaum Zugang zu Waren, Hilfsgütern oder Medikamenten.

Der Ausbau des Straßennetzes spielt jedoch nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, die Mobilität und Erreichbarkeit der Bevölkerung eine

große Rolle, sondern ist auch militärisch wichtig, um drohenden Aufständen an der Peripherie des Territoriums begegnen zu können.

Kaum rudimentäres Gesundheitswesen

Bei bewaffneten Konflikten und Epidemien im Südsudan werden Gesundheitsversorgung und Katastrophenhilfe in erster Linie durch ausländische NRO gewährleistet. Die größten sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, Ärzte ohne Grenzen und Goal Ireland. Das südsudanesisches Gesundheitsministerium betreibt zwar Krankenhäuser und Gesundheitsposten, doch diese sind unzuverlässig, verfügen kaum über ausgebildetes Personal und oft fehlen Medikamente. Versuche, lokale Gesundheitsstrukturen zu unterstützen und mehr Verantwortung an sie abzugeben, hatten bislang bescheidenen Erfolg.

Generell ist der Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung im Südsudan seit jeher kritisch. Als aussagekräftiger Indikator für die Qualität des Gesundheitssystems gilt die Säuglingssterblichkeit. Im Südsudan sterben durchschnittlich 10 Prozent aller lebend geborenen Kinder vor ihrem ersten Geburtstag, in den Bundesstaaten Western Equatoria und Warrap sogar 15 Prozent. Im Nordsudan liegt dieser Wert bei etwa 7 Prozent (SHHS 2006).⁵ Todesursachen sind oft einfach zu behandelnde Krankheiten, wie Durchfall, Atemwegsinfektionen, Malaria, Märsen, und Unterernährung. Weil viele Südsudanesen sehr abgeschieden leben, sind Krankenstationen und -häuser für sie vielfach nicht erreichbar. Manche NRO betreiben daher in entlegenen Gegenden mobile Kliniken, um Patienten ambulant zu versorgen.

Die hygienischen Bedingungen im Südsudan sind desolat. Über verschmutztes Wasser werden zahlreiche Krankheiten übertragen, von Durchfall-epidemien bis zu Cholera. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser aus geschlossenen Brunnen oder sicheren Quellen. Aufgrund ihres schwächeren Immunsystems sind vor allem Kinder und Frauen gefährdet. Der Staat unternimmt wenig zur Verbesserung der Situation im Gesundheitswesen. Vor allem die Ausbildung von medizinischem Personal wäre ein wichtiger erster Schritt.

⁴ Straßendichte (km/100 km²): Deutschland: 193, Nord- und Südsudan: 0,27.

⁵ In Deutschland liegt dieser Wert bei 0,4 Prozent.

Bildungsdefizite und die Rückkehr der Diaspora

Der Zugang zu Bildung ist ein zentrales Problem im Südsudan und wäre der wohl wichtigste Hebel für die Entwicklung des Landes. Bildung ist ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von Armut. Zugleich spielt sie auch für die Demokratisierung eine wesentliche Rolle. Seit Jahrzehnten übernehmen NRO die tragende Rolle im Bildungssystem und dennoch mangelt es an qualifiziertem Lehrpersonal; nur 7 Prozent der Lehrer sind formal qualifiziert. Etwa 98 Prozent der Bevölkerung haben die Grundschulausbildung nicht abgeschlossen (Save the Children 2011).

Auch für die Politiker in der Bundesregierung und in den ländlichen Gebieten stellen mangelnde Bildung und Qualifikation Kernprobleme dar. Nur etwa die Hälfte der Beamten hat die Grundschulausbildung abgeschlossen (*Economist* 2011) und ihre Erfahrungen sind in erster Linie militärischer Natur.

Die Rückkehr der oft besser ausgebildeten Emigranten könnte sich als hilfreich erweisen. Hunderttausende Südsudanese sind während des Bürgerkriegs in den Nordsudan, nach Ägypten, Kenia und Uganda geflüchtet. Mehrere Zehntausend Südsudanese leben in Australien und den Vereinigten Staaten. Viele Emigranten konnten im Ausland von besseren Ausbildungssystemen profitieren. Seit dem Friedensabkommen 2005 sind Hunderttausende in den Südsudan zurückgekehrt und im Falle eines positiven Integrationsklimas würden viele folgen. Allerdings gibt es aufseiten der im Südsudan verbliebenen Bevölkerung Ressentiments gegenüber den oft besser bezahlten Rückkehrern, vor allem, weil sie während des Unabhängigkeitskriegs nicht vor Ort für ihr Land gekämpft haben (*Economist* 2011).

Ernährungssicherung

Laut Welternährungsprogramm sind 36 Prozent der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Ernährungsunsicherheit und Unterernährung sind verbreitet, obwohl große Teile des Südsudan fruchtbar und für Ackerbau geeignet sind. Die Gründe hierfür sind mehrschichtig:

- Die Landwirtschaft befindet sich auf einem sehr niedrigen technischen Niveau. Ochsen werden zum Pflügen der Äcker benutzt, selbst einfachste Bewässerungssysteme sind kaum verbreitet.

- Versuche von NRO, der Bevölkerung effektivere Methoden näherzubringen oder neue, gut wachsende Fruchtsorten (z.B. Bananen, Tomaten) einzuführen, waren mäßig erfolgreich.
- Die anhaltenden gewaltsamen Konflikte, Unsicherheit und Vertreibungen hemmen Produktionsausweitung und Investitionen in der Landwirtschaft.
- Die lange Abhängigkeit von der Nahrungsmittelhilfe internationaler Organisationen ließ die Eigenverantwortung der Bevölkerung verkümmern.

Wirtschaft: nichts als Erdöl

Mit der Unabhängigkeit des Südens verlor der Norden 75 Prozent seiner Ölfelder und muss nun mit enormen Einkommenseinbußen zurechtkommen. Weil jedoch die einzige Pipeline von den südsudanesischen Ölfeldern durch den Nordsudan zum Hafen von Port Sudan verläuft, müssen sich beide Parteien auf ein Abkommen einigen, damit das Öl – und damit die Staatseinnahmen – weiter fließen kann. Alternative Pläne von Toyota, eine Pipeline zu einem kenianischen Hafen zu bauen – geplant war zunächst Mombasa, mittlerweile soll sie nach Lamu führen –, wurden erstmals im Frühjahr 2010 öffentlich diskutiert. Die Fertigstellung würde allerdings etliche Jahre dauern und damit wäre dies nur eine mittelfristige Lösung. Trotz der Abhängigkeit beider Regierungen von den Erdöleinnahmen – der Süden zu 98, der Norden zu 30 Prozent – konnten sie sich bis heute nicht über die Nutzungsgebühren der nordsudanesischen Pipelines und Raffinerien einigen. Um die Uneinigkeit zu überwinden, wurde die AU um Schlichtung gebeten, bislang jedoch ohne Ergebnis. Das zuständige südsudanesisches Ministerium kündigte an, jede von der AU vorgeschlagene Gebühr zu akzeptieren (Sudan Votes 2011).

Als Ergebnis der Unabhängigkeit werden die jährlichen Erdöleinnahmen für Juba voraussichtlich von etwa 2,5 auf 6 Mrd. US-Dollar steigen (EIU 2011). Die langfristige Entwicklung dieser Einnahmen ist schwer einzuschätzen. Etliche der Ölfelder haben ihre maximale Fördermenge bereits überschritten und die Reserven scheinen geringer zu sein als erwartet (ICG 2011).

Die Erdölerlöse könnten ein Segen für den Südsudan sein, der damit unter anderem die dringend benötigte Infrastruktur finanzieren könnte. Die Geschichte vieler erdölabhängiger Staaten zeigt aber,

dass Erdöleinnahmen selten effektiv für die Entwicklung des Landes eingesetzt werden. Vielmehr gehen damit vermehrt Korruption und Klientelpolitik einher und der politische und militärische Apparat wird aufgebläht. Seit 2005 kann die südsudanesische Regierung eigenständig über die Erlöse aus der Erdölförderung verfügen. Über die Jahre zeigte sich allerdings, dass 70 Prozent der Haushaltsmittel in den Militärapparat flossen und nur der geringe Rest für Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Soziales verwendet wurde (BBC 2011d). Für die Entwicklung des Landes werden jedoch Investitionen in diese Bereiche entscheidend sein.

Geduld statt hoher Erwartungen

Es wird Jahrzehnte dauern, bis der Südsudan ein funktionierender Staat sein wird, der diesen Namen auch verdient. Es ist zu wenig Substanz vorhanden, auf der aufgebaut werden könnte, keine Infrastruktur, keine Fachkräfte, fehlendes Know-how und wenig Eigenverantwortung, außerdem zu hohe Militärausgaben und weitverbreitete Korruption. Die internationale Gemeinschaft hat viel Geld zur Verfügung gestellt und wird dies auch fortsetzen, um den Südsudan zu stabilisieren oder ihn zumindest vor dem Zerfall zu bewahren. Wie soll aber mit einer Situation umgegangen werden, in der die betroffene politische Elite und die Bevölkerung bisher kaum Erfahrung mit einem modernen Staat und demokratischer Herrschaft haben?

Es erscheint ratsam, die Erwartungen nicht zu hoch anzusetzen. Die internationale Gebergemeinschaft und die Regionalmächte müssen darauf vorbereitet sein, dass der Südsudan noch über Jahrzehnte finanzielle und vor allem technische Unterstützung brauchen wird. Priorität haben dabei die Ausbildung von Personal für die staatlichen Institutionen und das Bildungs- und Gesundheitswesen, der Straßenbau, der Aufbau der Zivilgesellschaft, die Modernisierung der Landwirtschaft, wirtschaftliche Diversifizierung sowie gute Regierungsführung und Transparenz.

Sehr wahrscheinlich wird es nur sehr langsame Fortschritte geben; weitreichende Klientelstrukturen und mit ihnen Korruption werden sich noch lange halten. Genau deshalb soll und darf die internationale Gebergemeinschaft Transparenz für ihre Unterstützung verlangen. Denn es gibt kaum eine Alternative zur Unterstützung des Staatsaufbaus im Südsudan.

Literatur

- BBC (2011a), *South Sudan: How Long Will the Smiles Last?*, online: <www.bbc.co.uk/news/world-africa-14085832> (04.11.2011).
- BBC (2011b), *Sudan: One Country or Two?*, online: <www.bbc.co.uk/news/world-africa-12115013> (04.11.2011).
- BBC (2011c), *South Sudan Attacks "Leave 600 Dead"*, online: <www.bbc.co.uk/news/world-africa-14595368> (04.11.2011).
- BBC (2011d), *South Sudan's Enemy Within*, online: <www.bbc.co.uk/news/world-africa-13977178> (04.11.2011).
- Economist* (2011), *South Sudan's Future: Now for the Hard Part*, online: <www.economist.com/node/18070450> (04.11.2011).
- EIU – Economist Intelligence Unit (2011), *Country Report Sudan: South Sudan*, September, online: <<http://store.eiu.com/product.aspx?pid=50000205&gid=1340000334&pubid=1480000948>> (04.11.2011).
- ICG – International Crisis Group (2011), *As Sudan Breaks in Two, More than Oil Will Fuel Economies*, online: <www.crisisgroup.org/en/regions/africa/horn-of-africa/south-sudan/vertin-verjee-as-sudan-breaks-in-two-more-than-oil-will-fuel-economies.aspx> (04.11.2011).
- SAS – Small Arms Survey (2001), *Sudan Human Security Baseline Assessment*, online: <www.smallarmsurveysudan.org> (04.11.2011).
- Save the Children (2011), *Humanitarian Relief and Development for Children*, online: <www.savethechildren.org/site/c.8rKLIXMGIpI4E/b.6150459/k.A7AF/Southern_Sudan.htm> (04.11.2011).
- SHHS – *Southern Sudan Household Health Survey* (2006), online: <www.southsudanmedicaljournal.com/assets/files/misc/SHHS.pdf> (04.11.2011).
- SSNA – South Sudan News Agency (2011), *On the Establishment of the National Ministries of the Republic of South Sudan*, 22. August, online: <www.southsudannewsagency.com/opinion/articles/on-the-establishment-of-the-national-ministries-of-the-republic-of-south-sudan> (04.11.2011).
- SSDM – South Sudan Democratic Movement (2011), *Manifesto*, online: <www.ssdmovement.org/uploads/SSDM_2011.pdf> (04.11.2011).
- Sudan Votes (2011), *Creaking Door to North-South Pipeline Deal Could Use a Little Oil*, online: <www.sudanvotes.com/articles/?id=1043> (04.11.2011).

■ Der Autor

Carlo Koos, M.A., M.P.S., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und arbeitet im Forschungsprojekt „Uran, ethnische Gruppen und Konflikt“. Er war Projektkoordinator und Logistiker für Ärzte ohne Grenzen im Südsudan (2008, 2010/2011) und in anderen afrikanischen Ländern. E-Mail: <koos@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/koos>>

■ GIGA Forschung zum Thema

Im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ befasst sich das Forschungsteam 3 mit „Institutionen für nachhaltigen Frieden“ in Gesellschaften, die entlang ethnischer, religiöser oder sozialer Ungleichheiten gespalten sind. Initiatoren des neuen Forschungsprogramms sind Dr. Andreas Mehler, Dr. Matthias Basedau und Dr. Sabine Kurtenbach. Das von Dr. Matthias Basedau geleitete (DFG-finanzierte) Forschungsprojekt „Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von Ressourcenreichtum und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten“ wurde 2010 erfolgreich abgeschlossen.

■ GIGA Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias, und Tim Wegenast (2009), Oil and Diamonds as Causes of Civil War in Sub-Saharan Africa: Under what Conditions?, in: *Colombia Internacional*, 70, 35-59.

Basedau, Matthias, und Jann Lay (2009), Resource Curse or Rentier Peace? The Ambiguous Effects of Oil Wealth and Oil Dependence on Violent Conflict, in: *Journal of Peace Research*, 46, 6, 757-776.

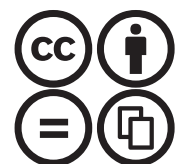
Basedau, Matthias, und Robert Kappel (Hrsg.) (2011), *Machtquelle Erdöl – Die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik von Erdölstaaten*, Baden-Baden: Nomos (i.E.).

Hoffendahl, Christine, und Anne Jansen (2011), *Südsudan – ein neuer Staat in Afrika / South Sudan – A New State in Africa*, Annotierte Online-Bibliographie, dok-line AFRIKA, 4, 25. Oktober, online: <www.giga-hamburg.de/dok-line>.

Stroh, Alexander, und Christian von Soest (2011), *Den Machterhalt im Blick: Verfassungsreformen in Subsahara-Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM